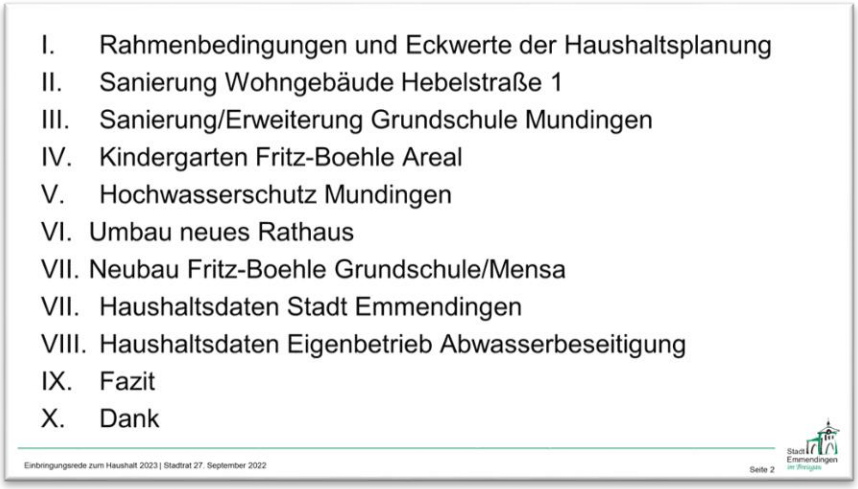
Stadt Emmendingen im Breisgau

HAUSHALTSREDE
zum Entwurf des
Haushaltsplans 2023

Sitzung des Stadtrats am 27. September 2022
Stadt Emmendingen

Stefan Schlatterer
Oberbürgermeister

(Es gilt das gesprochene Wort)



Inhaltsverzeichnis

I. Rahmenbedingungen und Eckwerte der Haushaltsplanung 3

II. Sanierung Wohngebäude Hebelstraße 1 10

III. Sanierung/Erweiterung Grundschule Mundingen 11

IV. Kindergarten Fritz-Boehle Areal 12

V. Hochwasserschutz Mundingen 13

VI. Umbau neues Rathaus 14

VII. Neubau Fritz-Boehle Grundschule/Mensa 16

VIII. Haushaltsdaten Stadt Emmendingen 18

IX. Haushaltsdaten Eigenbetrieb Abwasserbeseitigung 20

X. Fazit 21

XI. Dank 22

Sehr geehrte Stadträtinnen und Stadträte,
meine sehr verehrten Damen und Herren,

I. Rahmenbedingungen und Eckwerte der Haushaltsplanung

Mit dem Einmarsch der russischen Truppen in die Ukraine am 24. Februar 2022 hat Russland einen Krieg begonnen und damit gegen das Völkerrecht verstoßen. Seit dem Zweiten Weltkrieg hat es keine ähnliche Militäraktion in Europa gegeben. Die Vereinten Nationen, die Europäische Union sowie auch die Bundesregierung haben Russland für diesen Angriff scharf kritisiert. Zahlreiche Länder haben daraufhin wirtschaftliche Sanktionen gegen Russland verhängt. Darüber hinaus unterstützen viele Staaten die Ukraine mit Waffen und Hilfsgütern.

Die Auswirkungen des russischen Angriffskrieges sind vielschichtig. Unerträglich sind die Bilder von tausenden toten Zivilisten in der Ukraine. Beispielhaft sei hier an die Kriegsverbrechen im Kiewer Vorort Butscha und zuletzt in Isjum erinnert. Hunderte Leichen, die laut Augenzeugenberichten gezielt durch russische Soldaten getötet wurden. Bilder die weltweit entsetzen auslösten.

Laut dem UN-Flüchtlingskommissariat sind bis zum 30. August mehr als 11,5 Millionen Menschen aus der Ukraine geflohen. Die Zahl der Flüchtlinge pro Tag lag teilweise bei über 200.000. Bis zum 21. August 2022 wurden in Deutschland 967.000 Flüchtlinge aus der Ukraine registriert.

Die große Solidarität und Hilfsbereitschaft in Deutschland ist enorm. Und es macht mich als Oberbürgermeister dieser Stadt sehr stolz, auf welche Willkommenskultur die Kriegsflüchtlinge aus der Ukraine hier in Emmendingen treffen. Es berührt mich nach wie vor sehr, wie wir in schwierigen Zeiten in **"Z'Ämmedinge - z'ämmehalte!".**

Ich möchte den vielen Helfern und ehrenamtlich Tätigen meinen besonderen Dank aussprechen. Viele private Vermieter haben uns langfristig anmietbaren Wohnraum zur Unterbringung von Flüchtlingen angeboten. Hierfür herzlichen Dank. Beeindruckend waren auch die zahlreichen Sachspenden, welche insbesondere zu Beginn des Krieges eingegangen sind. Ein besonderer Dank gilt dem Verein "Freunde der Städtepartnerschaft e.V." welcher zu Geldspenden für Ukraine und ukrainische Geflüchtete aufrief. Die Spenden gingen an die polnische Partnerstadt Sandomierz, in der sehr viele ukrainische Geflüchtete angekommen sind und versorgt werden. Außerdem organisiert die Stadt Sandomierz Hilfslieferungen in ihre ukrainische Partnerstadt Ostroh, die der Verein ebenfalls finanziell unterstützt.

Erlauben Sie mir, dass ich bei alldem menschlichen Leid dennoch auf die wirtschaftlichen Auswirkungen des Krieges eingehe.

Der durch den russischen Überfall ausgelöste Krieg in der Ukraine bringt erhebliche Belastungen für die deutsche Wirtschaft mit sich. Drei Viertel der Unternehmen in Deutschland sehen sich nach der Corona-Krise durch die hohen Energiepreise zusätzlich belastet. Verschiedene Branchen insbesondere im Baugewerbe aber auch viele andere Bereiche sehen ihre Geschäftsabläufe auf Grund ausbleibender Materiallieferungen und drohender Engpässe in der Energieversorgung in Ihrer Existenz bedroht. In manchen Betrieben stiegen die Energiekosten von bisher 2 % in der Produktion auf ca. 20 %. Diese Preissteigerungen können auch nur noch bedingt an die Kunden weitergegeben werden und bedroht somit insbesondere kleine, sowie mittelständische Unternehmen. Die im Vergleich zu Europa niedrigen Energiekosten insbesondere in den USA sorgen dafür, dass deutsche Unternehmen auch auf dem Weltmarkt immer größere Nachteile erleiden.

Es bleibt festzuhalten, der Überfall Russlands auf die Ukraine hat nicht nur schwere politische und humanitäre Folgen, sondern auch erhebliche wirtschaftliche Konsequenzen für Europa und Deutschland. Wie sich dies auf die Unternehmen in Emmendingen konkret auswirkt, kann heute noch nicht gesagt werden. Je nachdem, wie die Situation in der Ukraine weiter eskaliert, kann die Energieversorgung in Deutschland durch neue Versorgungsengpässe weiter verschärft werden.

Zwei Jahre Corona-Pandemie und der Krieg in der Ukraine belasten die Finanzen in den Kommunen schwer. Zwar ist Emmendingen auf Grund des in den letzten Jahren angesparten Finanzierungsmittelbestandes im Haushaltsjahr 2023 noch in der Lage Ihre Investitionen aus Eigenmitteln zu finanzieren, dennoch zeigt ein Blick auf den Ergebnishaushalt über den gesamten Planungszeitraum, wie ernst die Lage aktuell ist.

Ein durchgängig negatives Ergebnis bis einschließlich 2026, bei einer Fortführung der Investitionen insbesondere im Bereich der Pflichtaufgaben wird dazu führen, dass Emmendingen in den kommenden Jahren auf erhebliche Kredite angewiesen sein wird.

Damit liegt Emmendingen im Trend vieler Kommunen. So teilte der Deutsche Städtetag in einer Veröffentlichung vom 18.08.2022 mit, dass die kommunalen Spitzenverbände mit einem Defizit von 5,8 Milliarden € rechnet. Zu den veröffentlichen Daten sagte der Präsident des Deutschen Städtetages, Oberbürgermeister Markus Lewe aus Münster:

"Die Phase zwischen den finanziellen Begleiterscheinungen der Corona-Krise und des Ukraine-Krieges war für die Kommunalhaushalte zu kurz, um festen Stand zu gewinnen. Selbst wenn der Ukraine-Krieg nicht zu weiteren Einbrüchen der Wirtschaftsleistung führt, werden die Kommunalhaushalte durch Defizite, real sinkende Investitionen und einen Vermögensverzehr gekennzeichnet sein. Wir werden Unterstützung von Bund und Ländern benötigen. Investitionen in Klimaschutz und den Ausbau des öffentlichen Nahverkehrs haben für uns hohe Priorität. Ohne dauerhaft verbesserte Finanzausstattung auch durch einen größeren Anteil am Steueraufkommen können die Kommunen diese Investitionen nicht aus eigener Kraft finanzieren."

Hinzu kommt die sich weiter drastisch zuspitzende Migrationslage. Bis Ende August kamen in diesem Jahr 135.000 geflüchtete nach Baden-Württemberg. Davon sind 120.000 Geflüchtete aus der Ukraine und 15.000 Asylsuchende. Das Land Baden-Württemberg teilte Ende August mit, dass die Kapazitätsgrenzen in den Erstaufnahmeeinrichtungen des Landes erreicht sind. Ein Großteil der geflüchteten ist mittlerweile in den Kommunen angekommen. Aktuell sind in Emmendingen ca. 310 ukrainische Flüchtlinge aufgenommen. Die Stadt Emmendingen hat zur Unterbringung der Flüchtlinge aus der Ukraine 12 Wohnungen von Privatpersonen angemietet. Darin sind derzeit 64 ukrainisch Personen untergebracht. Die restlichen ca. 250 Flüchtlinge sind in eigen organisierten Unterkünften untergekommen.

Die Flüchtlingsunterkunft für Asylsuchende in Mundingen ist inzwischen fast voll belegt, sodass wir nicht ausschließen können, dass wir in Zukunft mit der Unterbringung von Flüchtlingen in Hallen beginnen müssen. Auch dies belastet den Städtischen Haushalt im kommenden und den Folgejahren zusätzlich.

Unter dem Strich lässt sich für den Haushalt 2023 sagen:

"Die aktuelle Lage ist so unsicher und schwer wie nie zuvor!"

Die Zahlen des Haushaltsplanentwurfes basieren auf den Ergebnissen der Mai-Steuerschätzung 2022. Allerdings wies der Deutsche Städtetag im Zusammenhang mit der Steuerschätzung daraufhin, dass die Schätzung mit vielen Risiken behaftet ist.

- So ging die Projektion im Mai davon aus, dass der Import russischen Erdgases auch in der mittleren Frist weitgehend ungehindert weiterläuft bzw. reduzierte Liefermengen aufgefangen werden können.
- Auch ging die Projektion davon aus, dass es trotz der aktuellen Corona-Lage in China nicht zu einer Unterbrechung von Lieferketten kommt.
- Ebenso unterstellt die Projektion, dass die Europäische Zentralbank trotz hoher Inflation die Zinsen nicht anheben wird.

Zumindest was die Zinspolitik anbelangt sind wir heute eines Besseren belehrt. Der Städtetag wies mit Schreiben vom Mai daraufhin, dass die Kommunen bei der Haushaltsplanung nicht im Blindflug agieren dürfen und die Risiken von Steuerrechtsänderungen so gut dies eben geht im Blick haben und auch berücksichtigen müssen. Aus diesem Grund wurde der Empfehlung folgend für den Gemeindeanteil an der Einkommensteuer für das Jahr 2023 ein Abschlag von 8 % für 2023 einkalkuliert. Nicht berücksichtig ist bislang das dritte Entlastungspaket, vom August 2022, welches die Bürgerinnen und Bürger um 65 Milliarden Euro entlasten soll. Auch dies wird zumindest teilweise zu Lasten der Kommunen gehen. Erste Schätzungen gehen davon aus, dass sich für die Kommunen bezogen auf den Zeitraum 2023 und 2024 weitere Einkommensteuerausfälle von rund 4,2 Milliarden € ergeben werden.

Aktueller Orientierungsdaten liegen bislang nicht vor. Mit Schreiben vom 02.09.2022 teilte der Städtetag Baden-Württemberg mit, dass aktuellere Orientierungsdaten für das Jahr 2023 erst auf Basis der Ergebnisse der Gemeinsamem Finanzkommission erstellt werden. Diese Beratungen sollen, im Hinblick auf die derzeit mehr als unsicheren wirtschaftlichen Entwicklungen und die notwendigen Beratungen der Haushaltskommission zur Umsetzbarkeit der im Koalitionsvertrag vorgesehenen Projekte, im Herbst 2022 fortgesetzt werden.

Das unterstreicht noch einmal meine vorherige Aussage:

"Die aktuelle Lage ist so unsicher und schwer wie nie zuvor!"

I. Eckwerte Haushaltsplanung

Erträge & Aufwendungen	Ansatz 2023
Steuern (Einkommenssteuer, Gewerbesteuer u. a.)	37,3 Mio. €
Zuweisungen & Umlagen (Schlüsselzuweisungen u. a.)	30,0 Mio. €
Auflösungen	1,6 Mio. €
Entgelte für öffentliche Leistungen	4,4 Mio. €
Entgelte für privatrechtliche Leistungen	1,2 Mio. €
Kostenerstattungen & -umlagen	1,3 Mio. €
sonstige Erträge (Konzessionsabgaben, Bußgelder u. a.)	1,9 Mio. €
Erträge	**77,6 Mio. €**
Personalaufwendungen	-26,9 Mio. €
Aufwendungen für Sach-/Dienstleistungen (z. B. EDV-, Energieaufw., Aufw. für Unterh. Grdst., bauliche Anlagen, unbewegliches Vermögen)	-11,3 Mio. €
Abschreibungen	-6,0 Mio. €
Zinsen	-0,2 Mio. €
Transferaufwendungen (Kreisumlage, FAG-Umlage, Zuschüsse Kinderbetreuung kirchlicher/freier Träger u. a.)	-33,6 Mio. €
sonstige Aufwendungen (z. B. Erstattungen SWE, Geschäftsaufwendungen und Versicherungen)	-3,3 Mio. €
Aufwendungen	**-81,3 Mio. €**
veranschlagtes ordentliches Ergebnis	**-3,7 Mio. €**

Einbringungsrede zum Haushalt 2023 | Stadtrat 27. September 2022

Der Gemeindeanteil an der Einkommensteuer sinkt gegenüber dem Haushaltsplan 2022 für das Jahr 2023 um rund 650 T€. Der Ansatz bei den Schlüsselzuweisungen sinkt um weitere 400 T€. Um dies auszugleichen, wurde der Ansatz bei der Gewerbesteuer von bisher 11 Mio. € auf 12 Mio. € erhöht. Inwieweit diese Erhöhung auf Grund der unsicheren Rahmenbedingungen realistisch ist, wird sich erst im Laufe des nächsten Haushaltsjahres zeigen. Darüber hinaus werden wir in den Haushaltberatungen über Gebührenanpassungen diskutieren müssen. In Summe ergibt sich somit auf der Ertragsseite eine leichte Verbesserung. Allerdings stehen den leicht steigenden Einnahmen erheblich steigende Aufwendung gegenüber.

Die Personalaufwendungen steigen im Jahr 2023 um rund 2,1 Mio. €. Hauptgrund hierfür ist neben den eingeplanten tariflichen Erhöhungen der zusätzliche Personalbedarf im Bereich der Kinderbetreuung. In den vergangenen Jahren, waren die tatsächlichen Personalausgaben im Ergebnis in der Regel um ca. 1,5 Mio. € niedriger als im Haushaltsplan veranschlagt. Dies hatte unterschiedliche Gründe. So wurden Personalstellen teilweise später besetzt als geplant oder Tariferhöhungen erfolgten erst zu einem späteren Zeitpunkt. Die daraus bedingten Einsparungen lagen zumeist zwischen 1,0 und 1,5 Mio. €. Auf Grund der Erfahrungen der letzten Jahre haben wir in der aktuell prekären Haushaltssituation eine globale Minderausgabe in Höhe von 1,5 Mio. € bei den Personalkosten veranschlagt. Dies kann unter Umständen dazu führen, dass Planstellen erst zu einem späteren Zeitpunkt ausgeschrieben oder nachbesetzt werden. Auch diese Maßnahme verdeutlicht, dass bei der Aufstellung des Haushaltsplans 2023 alles unternommen wurde, um die Aufwendungen zu senken.

Keinen unmittelbaren Einfluss haben wir hingegen auf die Transferaufwendungen. Diese steigen gegenüber dem Vorjahr um rd. 1,5 Mio. €. Den größten Anteil hierbei entfällt bei einem Hebesatz von 27 % - mit einer Steigerung um rund 550 T€ - auf die Kreisumlage.

Des Weiteren steigen die Zuschüsse bei Kindergarteneinrichtungen von kirchlichen und privaten Trägern um 320 T€.

Die Stadt Emmendingen kann somit, trotz Ausnutzung aller Sparmöglichkeiten und aller Ertragsmöglichkeiten, keinen ausgeglichenes Ergebnis gem. § 24 Gemeinde-haushaltsverordnung vorlegen.

Diese objektiv nicht auskömmliche und unsichere Haushaltslage verbindet sich mit einer von der Bundes - und Landespolitik geschürten gesteigerten Erwartungshaltung für kommunale Leistungen.

So sind die hohen Standards in der Kinderbetreuung nicht nur unantastbar, sondern sollen weiter den individuellen Bedürfnissen entsprechend ausgebaut werden und selbstverständlich bleibt es bei Einführung des Rechtsanspruchs für eine Ganztagsbetreuung bei Grundschulkindern spätestens ab dem Schuljahr 2026/2027. Abstriche bei den Anforderungen an den Brandschutz gibt es keine und der Rechtskreiswechsel für Asylbewerberinnen und Asylbewerber soll selbstverständlich werden. Dies sind nur einige willkürlich gewählte Beispiele.

Umgekehrt dürfen Leistungen der Stadt sich nicht verteuern, dies ist bei steigernder Inflation und in einer Zeit in der „alles andere teurer wird“, nicht zu vertreten.

Diese Erwartungshaltung und die damit verbundenen Standards werden zukünftig nicht mehr zu finanzieren sein und es gehört zu einer transparenten und nachhaltigen Politik dazu, dies den Menschen auch zu sagen. Dazu gehört auch zuzugeben, dass Mittel für die Klimaanpassung auf kommunaler Ebene und da muss sie ja durchgeführt werden, im Landeshaushalt nicht zu finden sind.

Trotz des negativen ordentlichen Ergebnisses werden wir auch 2023 unsere Investitionsphase fortsetzen, um die Weichen in Richtung Zukunft zu stellen.

Grundlage für die im Haushaltsplan veranschlagten Investitionen bildet die vom Stadtrat auf Grund der Klausurtagung am 24. Mai 2022 beschlossene Priorisierungsliste von Großprojekten.

Hierzu zählen wie bereits im Vorjahr

- der Hochwasserschutz in Mundingen,
- die Sanierung bzw. der Neubau der Grundschule Mundingen sowie
- der Neubau des Kindergartens im Fritz-Boehle Areal.

Als neue Maßnahmen sind geplant:

- die Sanierung des Gebäudes Hebelstraße 1 und
- der Umbau des Rathausgebäudes

Alleine diese 5 Maßnahmen binden rund 6,3 Mio. € der veranschlagten 9,6 Mio. € an Baumaßnahmen. Insbesondere für die Fortsetzung dieser Maßnahmen sieht der Haushaltsplan 2023 für die Folgejahre 2024 bis 2026 Verpflichtungsermächtigung in Höhe von 23,5 Mio. € vor.

Darüber hinaus ist im Haushaltsplan 2023 eine Kreditaufnahme in Höhe von 600 T€ veranschlagt. Diesen Ansatz werde ich Ihnen im Anschluss erläutern.

II. Sanierung Wohngebäude Hebelstraße 1

Angesichts der Auswirkungen des russischen Angriffskrieges in der Ukraine, hat die Kreditanstalt für Wiederaufbau im März dieses Jahres, ein Sonderförderprogramm, über 250 Mio. € aufgelegt, um die Städte und Gemeinden im Land bei der Schaffung von Wohnraum für Geflüchtete zu unterstützen.

Ziel des Förderprogramms ist es, Investitionen in den Neu- und Umbau, den Erwerb, die Modernisierung sowie die Ausstattung von Flüchtlingseinrichtungen mit bis zu 100 % zu finanzieren. Für die Bewilligung der Anträge das "Windhundprinzip", das bedeutet, es galt die Reihenfolge des Antragseingangs beider KfW. Aus diesem Grund hat die Stadt Emmendingen am Tag nach der Ausschreibung einen Antrag für die Sanierung und Modernisierung des Gebäudes Hebelstraße 1 gestellt. Auf Grund des Förderantrags vom 15. März erhielten wir bereits am 01. April die Förderzusage und damit verbunden ein zweckgebundenes, zinsvergünstigtes Kreditangebot für die veranschlagte Sanierung in Höhe von rd. 2,1 Mio. €.

Mit diesen Mitteln soll das Gebäude in der Hebelstraße saniert und zukünftig als Flüchtlingsunterkunft genutzt werden. Im Zuge der Sanierungsarbeiten wird das Gebäude entsprechend entkernt um es energetisch und auch brandschutztechnisch auf den aktuellen Stand der Technik zu bringen. Derzeit ist der Architekt mit der Sanierungsplanung des denkmalgeschützten Gebäudes beauftragt. Im Anschluss daran steht fest, welche Einzelmaßnahmen umgesetzt werden.

Die geschätzten Kosten belaufen sich auf 2,1 Mio. € und sollen, wie bereits erwähnt, über den zweckgebundenen Kredit finanziert werden. Darüber hinaus ist keine weitere Kreditaufnahme im Haushaltsjahr 2023 geplant.

III. Sanierung/Erweiterung Grundschule Mundingen

Die aktuell größte Maßnahme im Haushaltsplan 2023 stellt die Sanierung der Grundschule Mundingen dar. Derzeit laufen die Bauabschnitte 2 und 3.

Der Altbau der Schule wurde inzwischen komplett entkernt und statisch ertüchtigt. Die statische Ertüchtigung war durch die geänderte Raumstruktur für die spätere Schulnutzung sehr aufwändig. Das Dach wurde komplett gedämmt und neu eingedeckt. Während der Arbeiten wurde ein früherer Brandschaden entdeckt. Dies führte nicht nur zu Verzögerungen im Bauablauf sondern auch zu erheblichen Mehraufwendungen. Auch sonst ist der Baufortschritt von außen schon deutlich zu erkennen. Der Dämmputz ist aufgebracht, neue Fenster eingebaut und Brandschutzdecken bzw. Brandschutzverkleidungen sind angebracht. Des Weiteren ist die Rohinstallation der Haustechnikgewerke abgeschlossen. Als nächstes steht der Innenausbau im Altbauteil an. Der Haushaltsplan sieht hierfür 850 T€ im Jahr 2023 und weitere 400 T€ in 2024 vor. Die Kosten für den gesamten Altbauteil belaufen sich somit auf rd. 3,9 Mio. €.

Auch der Neubau schreitet weiter voran. Hier wurde die Tiefgründung eingebracht und mit dem Rohbau begonnen. Der Bauzeitenplan sieht vor, dass jeden Monat ein Geschoss im Rohbau fertiggestellt wird, so dass bis Ende des Jahres der Rohbau steht. Die Gesamtsumme für den Neubau beläuft sich auf rd. 4,1 Mio. €. Im Haushaltsplan 2023 sind für den Neubauteil 2.0 Mio. € und im Folgejahr weitere 570 T€ angemeldet.

Insgesamt investiert die Stadt Emmendingen somit rd. 8,0 Mio. € in die Sanierung und Modernisierung der Mundinger Grundschule.

Die Fertigstellung der beiden Bauabschnitte ist für Anfang 2024 geplant.

IV. Kindergarten Fritz-Boehle Areal

Der Kindergarten auf dem Fritz-Boehle Areal wurde zum 05.09.2022 mit 2 Kindergartengruppen in Betrieb genommen. Auf Grund der aktuellen Lieferengpässe war lange fragliche, ob dieser Termin tatsächlich gehalten werden kann. Dies ist nur dem Einsatz aller an diesem Projekt beteiligten zu verdanken. Stellvertretend sei an dieser Stelle die Leiterin der neuen Einrichtung Frau Mahn genannt.

Im Oktober soll in einem nächsten Schritt der Kinderschutzbund in das Obergeschoss des Gebäudes einziehen. Zwei weitere Kindergartengruppen sollen ebenfalls im Oktober in Betrieb gehen.

Aktuell gehen wir von Gesamtkosten in Höhe von rd. 8,2 Mio € aus, wobei durch angemeldete Kostensteigerungen bei den Materialpreisen und bei der Stellung der Schlussrechnungen noch gewisse Unsicherheiten bestehen.

Die Restarbeiten am und im Gebäude und die Fertigstellung der Außenanlagen soll bis spätestens November erfolgen.

Für die noch offenen Rechnungen und die zu erwartende Schlussrechnung sind im Haushaltsjahr 2023 insgesamt 1,5 Mio. € veranschlagt.

Mit Abschluss der Arbeiten und der vollständigen Inbetriebnahme der Einrichtung schließen wir ein Großprojekt, welches in den letzten Jahren viele Ressourcen gebunden hat, ab. Gleichzeitig haben wir eine neue moderne Kindergarteneinrichtung errichtet, in dem die nächsten Generationen nach neuesten pädagogischen Konzepten heranwachsen können.

V. Hochwasserschutz Mundingen

Nachdem zwischenzeitlich die Planungen und der Grunderwerb abgeschlossen ist, können die Hochwasserschutzmaßnahmen im Stadtteil Mundingen entlang des Weißbaches und im weiteren Bachverlauf westlich der Ortschaft beginnen.

Der 1. Abschnitt betrifft das Gebiet im Bereich Neumattenacker. Dieser sieht vor, dass das Gewässer oberhalb des Mittelwasserbettes aufgeweitet wird. Der Feldwegdurchlass wird erneuert und auf einer Länge von ca. 40 Metern wird das Gewässerbett verlagert. Der Gewässerrandstreifen wird erhöht. In diesem Zuge muss ein Asphaltweg zurückgebaut und als Wegeabschnitt entlang des Baches neu hergestellt werden. Die Bepflanzung der Böschung erfolgt mit gebietsheimischen Saatgut.

Der daran anschließende zweite Teil des 1. Abschnitts beinhaltet die Aufweitung des Gewässers in der Ortslage als Galeriebauwerk.

Die vorbereitenden Maßnahmen haben bereits am 19. September begonnen. Den Baubeginn haben wir mit einem gemeinsamen Spatenstich am 22. September gefeiert. Die Fachämter rechnen mit einer Bauzeit für den 2. Bauabschnitt von 1 ½ Jahren.

Für die Maßnahme sind im kommenden Haushaltsjahr 750 T€ eingeplant. In den Haushaltsjahren 2024 und 2025 werden weitere 2,3 Mio. € benötigt, so dass die gesamte Hochwasserschutzmaßnahme rd. 3,0 Mio. € kosten wird.

VI. Umbau neues Rathaus

Arbeitsplätze entwickeln sich seit langem in Richtung digitaler Innovation, und die Pandemie hat diesen Wandel weiter vorangetrieben. Während der ersten und zweiten Welle der Corona-Pandemie haben wir bei der Stadt Emmendingen das mobile Arbeiten eingeführt. Es hat sich gezeigt, dass in einem großen Teil der Stadtverwaltung digitale Prozesse im Homeoffice getätigt werden können. Was dazu führte, dass wir in Abstimmung mit dem Personalrat im Juli 2021 eine Dienstvereinbarung zur mobilen Arbeit abgeschlossen haben.

Mobile Arbeit bezeichnet das Arbeiten außerhalb der Dienststelle. Die Mitarbeitenden erledigen ihre Arbeit von anderen Orten aus ggf. mit Hilfe elektronischer Geräte über jeweils zur Verfügung stehende Kommunikationsnetze. Ziel ist es, im Interesse von Dienststelle und Beschäftigten, Möglichkeiten zur Flexibilisierung der Arbeitsorganisation zu schaffen. Dies soll dazu beitragen, Motivation und Arbeitszufriedenheit zu steigern und dadurch einen positiven Effekt auf die Arbeitsproduktivität und -qualität zu bewirken.

Neben denjenigen, welche das Homeoffice-Angebot in Anspruch nehmen, gibt es aber auch zahlreiche Mitarbeiter, die wegen der besseren Zusammenarbeit, der sozialen Kontakte, aber auch wegen der professionelleren Ausstattung zumindest teilweise im Rathaus vor Ort arbeiten wollen.

Somit werden die reinen Büroflächen, wie wir sie noch von vor der Pandemie kannten, in Zukunft schrumpfen. Denn der moderne Arbeitsplatz wird sich stetig wandeln. Das Schlüsselwort ist hier: das moderne Büro oder das Büro der Zukunft. Um allen Mitarbeitenden gerecht zu werden und flexibles Arbeiten zu ermöglichen, müssen hybride Arbeitsmodelle und digitale Arbeitsplätze in die allgemeine Unternehmenskultur vom Arbeitgeber integriert werden.

Als moderner Arbeitgeber darf sich auch die Stadt Emmendingen diesen Entwicklungen nicht verschließen. Hatten wir vor der Pandemie noch darüber nachgedacht, das Rathausgebäude zu erweitern, so gehen die Planungen aktuell dahin, das Gebäude umzubauen, um die Räumlichkeiten flexibler nutzen zu können.

Bereits im laufenden Jahr wird der Eingangsbereich mit einer neuen Infotheke umgebaut. Des Weiteren sollen Wechselarbeitsplätze eingerichtet werden um Raumressourcen zu sparen. Immer häufiger heizen sich die Büroräume über die zulässigen Temperaturen auf, so dass eine Temperierung der Räume geprüft wird. In diesem Zusammenhang wird auch über ein neues Heizsystem nachgedacht. Ebenso sollen zeigemäße Dusch-, Umkleide- und Sozialräume eingerichtet werden.

Der für diese Maßnahmen veranschlagte Kostenrahmen beläuft sich auf 5,7 Mio. €. Die Umsetzung der Maßnahme ist für die Jahre 2023 bis 2026 vorgesehen.

VII. Neubau Fritz-Boehle Grundschule/Mensa

Ab dem Schuljahr 2026/27 hat jedes Kind in Baden-Württemberg einen Anspruch auf eine Ganztagsbetreuung. Im September 2021 hatten sich Bund und Länder im Streit um die Finanzierung des Vorhabens geeinigt. Nach dem Bundestag hat am 10. September 2021 auch der Bundesrat dem Kompromissvorschlag des Vermittlungsausschusses diesbezüglich zugestimmt. Die Pläne der Großen Koalition sehen vor, dass jedes Kind, das ab Sommer 2026 eingeschult wird, in den ersten vier Schuljahren einen Anspruch auf einen Ganztagsplatz bekommt. Diese Beschlüsse werden die Kommunen vor eine schier unlösbare Aufgabe stellen. Laut amtlicher Schulstatistik aus dem Jahr 2021 bieten nur etwa ein Drittel der 2.438 Grundschulen in Baden-Württemberg Betreuung am Nachmittag an. Und die Teilnahme am Ganztag ist an knapp 600 dieser 760 Angebote freiwillig. Laut Schätzungen fehlen hier bis 2026 rund 200.000 Plätze bei rund 400.000 Grundschülern und Grundschülerinnen.

Die Spitzen der kommunalen Landesverbände wiesen in einer gemeinsamen Presserklärung vom Mai 2021 daraufhin, dass sich die laufenden Kosten zur Realisierung dieses Vorhabens auf 4,45 Milliarden € belaufen. Hinzu kommt, dass für die Einführung des Rechtsanspruchs auf Ganztagsbetreuung an Grundschulen auch umfangreiche Investitionsmaßnahmen zur Schaffung von zusätzlichen räumlichen Kapazitäten erforderlich sind.

Um dies zu realisieren, hat der Bund zwischenzeitlich Finanzhilfen in Höhe von bis zu 3,5 Milliarden € für Investitionen in die Infrastruktur zugesichert. Auch an den laufenden Kosten will sich der Bund beteiligen. Die Mittel sollen von 2026 bis 2030 auf bis zu 1,3 Milliarden € pro Jahr wachsen. Bei geschätzten laufenden Kosten von

4,45 Milliarden € ergibt sich somit ein Delta von 3,15 Milliarden € jährlich, welches durch das Land und die Kommunen zu decken sind.

Neben der unsicheren Finanzierung des Vorhabens wird aber die Gewinnung von Fachpersonal die größte Herausforderung sein. Schon heute suchen wir Erzieherinnen und Erzieher für unsere Kindergärten und Kitas. Für die Erfüllung des Rechtsanspruchs auf Ganztagsbetreuung an Grundschulen gilt es jetzt zusätzlich noch viel mehr Fachkräfte für die schulische Betreuung zu finden. Hier wird eine Konkurrenz entstehen und es ist zu befürchten, dass der Rechtsanspruch im schulischen Bereich zulasten der personellen Versorgung im frühkindlichen Bereich gehen wird.

Trotz der genannten finanziellen Vorbehalte und der personellen Bedenken, müssen wir uns schon heute intensiv mit der Erfüllung des Rechtsanspruchs auseinandersetzen. Eine erste interne Analyse hat gezeigt, dass wir insbesondere bei der Fritz-Boehle Grundschule mit den örtlichen Gegebenheiten die Vorgaben nicht werden erfüllen können. Die derzeitig 3-zügige Grundschule wird mittelfristig zu einer 4-zügigen Grundschule anwachsen. Für die Ganztagesgrundschüler muss ab 2026 ein Mittagessen angeboten werden. Schon jetzt stößt die Mensa auf dem Fritz-Boehle Areal an ihre Kapazitätsgrenzen. Die Mensa ist trotz 3-Schicht-Betrieb bereits jetzt überlastet. Eine Versorgung von künftig mehr Kindern infolge des Rechtsanspruch und starker Geburtenjahrgänge wird nicht möglich sein. Eine Aufstockung der bestehenden Mensa im Foyer der Fritz-Boehle-Halle wurde geprüft mit dem Ergebnis, dass die statischen Voraussetzungen dafür nicht gegeben sind. Darüber hinaus befindet sich die Bausubstanz der Grundschule in einem dem Baujahr von 1974 entsprechend Zustand. Große Teile der Elektroinstallation sind entsprechend veraltet. Auch das Flachdach ist noch aus dem 1974 und entsprechend schlecht isoliert. Eine mechanische Be- und Entlüftung ist nicht vorhanden. Somit bleibt festzuhalten, dass sich das Grundschulgebäude energetisch in einem so schlechten Zustand befindet, dass eine wirtschaftliche Sanierung, welche hinterher den pädagogischen Anforderungen an eine Ganztagsgrundschule ab dem Schuljahr 2026/2027 entsprechen soll, nicht möglich ist.

Aus diesem Grund sind im Haushaltsjahr 2023 erste Planungskosten von 100 T€ für einen Neubau veranschlagt. In den nächsten Wochen und Monaten gilt es in enger Abstimmung mit der Schulleitung den künftigen Standort für die neue Schule zu bestimmen und anschließend in die konkrete Planung einzusteigen. Das gesamte Investitionsvolumen beziffern die Fachämter auf 22 Millionen €. Auf Grund der aktuell unsicheren Haushaltslage ist die Finanzierung der Maßnahme noch nicht gesichert.

VIII. Haushaltsdaten Stadt Emmendingen

Erträge & Aufwendungen	Ansatz 2023
Steuern & ähnl. Abgaben	37,3 Mio. €
Zuweis./Zuwend., Umlagen	30,0 Mio. €
aufgelöste Inv.zuw. & -beiträge	1,6 Mio. €
Entgelte öff. Lstg.	4,4 Mio. €
sonst. priv.rechtl. Leistungsentg.	1,2 Mio. €
Kostenerstattungen & -umlagen	1,3 Mio. €
sonst. ord. Erträge	1,9 Mio. €
ordentliche Erträge	**77,6 Mio. €**
Personalaufwendungen	-26,9 Mio. €
Aufw. f. Sach-/Dienstleistungen	-11,3 Mio. €
Abschreibungen	-6,0 Mio. €
Zinsen & ähnl. Aufwendungen	-0,2 Mio. €
Transferaufwendungen	-33,6 Mio. €
sonst. ord. Aufwendungen	-3,3 Mio. €
ordentliche Aufwendungen	**-81,3 Mio. €**
veranschlagtes ord. Ergebnis	**-3,7 Mio. €**

Meine sehr geehrten Damen und Herren,

der Ihnen vorliegende Haushaltsentwurf für das Jahr 2023 weist im Ergebnishaushalt ordentliche Erträge in Höhe von 77,6 Mio. € auf. Demgegenüber stehen ordentliche Aufwendungen in Höhe von 81,3 Mio. €. Das heißt: Im Ergebnishaushalt wird ein negatives ordentliches Ergebnis in Höhe von -3,7 Mio. € erwirtschaftet.

Die Einzahlungen aus Investitionstätigkeiten betragen im Jahr 2023 bei planmäßigem Vollzug 5,8 Mio. €. Den Einzahlungen aus Investitionstätigkeit stehen Auszahlungen in Höhe von 12,0 Mio. € gegenüber.

Meine sehr geehrten Damen und Herren,

Ich sage es an dieser Stelle noch ein Drittes mal.

"Die aktuelle Lage ist so unsicher und schwer wie nie zuvor!"

Dennoch führen wir auch im Jahr 2023 die bereits begonnenen Maßnahmen fort.

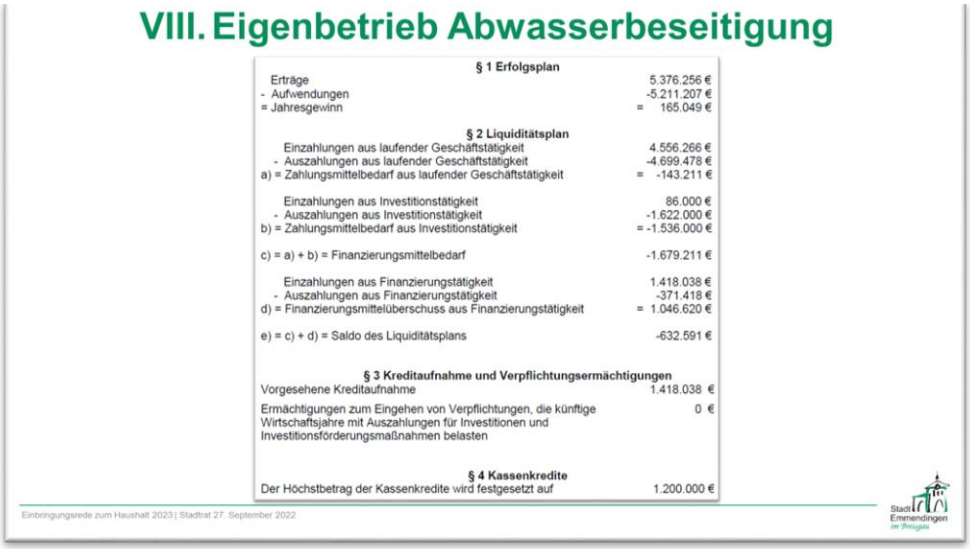
Für diese Investitionen erhalten wir im Jahr 2023 lediglich 1,0 Mio. € an Zuschüssen vom Bund bzw. vom Land.

Insgesamt beträgt der negative Saldo aus Investitionstätigkeiten rund 6,2 Mio. €.

Unter Berücksichtigung des Zahlungsmittelüberschusses des Ergebnishaushalts und den Auszahlungen für die Tilgung, entsteht ein veranschlagter Finanzierungsmittel-Fehlbetrag von rund 5,1 Mio. €. Dieser Fehlbetrag muss durch Mittel aus dem Finanzierungsmittelbestand gedeckt werden.

Sollten allerdings die Einnahmen im kommenden Haushaltsjahr einbrechen oder sich die Ausgaben auf Grund der aktuellen Energiekrise deutlich erhöhen, kann dies im schlimmsten Fall dazu führen, dass bereits begonnene Maßnahmen gestoppt werden müssen.

IX. Haushaltsdaten Eigenbetrieb Abwasserbeseitigung



VIII. Eigenbetrieb Abwasserbeseitigung

§ 1 Erfolgsplan

Erträge	5.376.256 €
- Aufwendungen	-5.211.207 €
= Jahresgewinn	= 165.049 €

§ 2 Liquiditätsplan

Einzahlungen aus laufender Geschäftstätigkeit	4.556.266 €
- Auszahlungen aus laufender Geschäftstätigkeit	-4.699.478 €
a) = Zahlungsmittelbedarf aus laufender Geschäftstätigkeit	= -143.211 €
Einzahlungen aus Investitionstätigkeit	86.000 €
- Auszahlungen aus Investitionstätigkeit	-1.622.000 €
b) = Zahlungsmittelbedarf aus Investitionstätigkeit	= -1.536.000 €
c) = a) + b) = Finanzierungsmittelbedarf	-1.679.211 €
Einzahlungen aus Finanzierungstätigkeit	1.418.038 €
- Auszahlungen aus Finanzierungstätigkeit	-371.418 €
d) = Finanzierungsmittelüberschuss aus Finanzierungstätigkeit	= 1.046.620 €
e) = c) + d) = Saldo des Liquiditätsplans	-632.591 €

§ 3 Kreditaufnahme und Verpflichtungsermächtigungen

Vorgesehene Kreditaufnahme	1.418.038 €
Ermächtigungen zum Eingehen von Verpflichtungen, die künftige Wirtschaftsjahre mit Auszahlungen für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen belasten	0 €

§ 4 Kassenkredite

Der Höchstbetrag der Kassenkredite wird festgesetzt auf	1.200.000 €

Einbringungsrede zum Haushalt 2023 | Stadtrat 27. September 2022

Meine sehr geehrten Damen und Herren,

an dieser Stelle noch einige Ausführungen zum Eigenbetrieb Abwasserbeseitigung der Stadt Emmendingen:

Im Jahr 2020 wurde das Eigenbetriebsrecht novelliert. Die umfangreichen Änderungen für die Wirtschaftsplanung werden am dem Wirtschaftsjahr 2023 umgesetzt.

Der Wirtschaftsplan für den Eigenbetrieb weißt im Erfolgsplan ordentliche Erträge in Höhe von 5,4 Mio. € aus.

Den Erträgen stehen ordentliche Aufwendungen in Höhe von 5,2 Mio. € gegenüber.

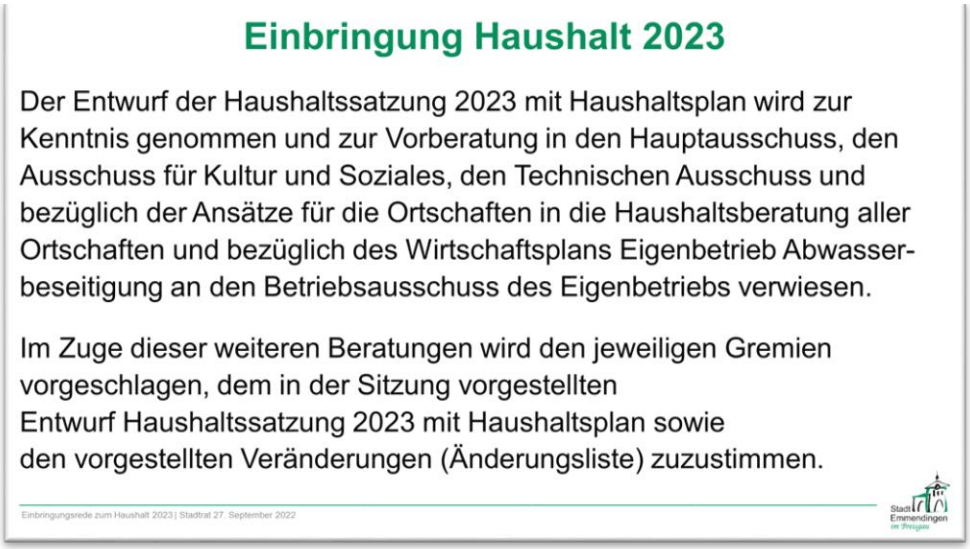
Der veranschlagte Jahresgewinn beträgt rd. 200 T€.

Der Liquiditätsplan weist einen Zahlungsmittelbedarf aus laufender Geschäftstätigkeit von rd. 100 T€ aus. Der Zahlungsmittelbedarf aus der Investitionstätigkeit beträgt 1,5 Mio. €.

Der Saldo des Liquiditätsplans unter Berücksichtigung des Finanzierungsmittelüberschusses aus der Finanzierungstätigkeit in Höhe von 1,0 Mio. € beträgt somit insgesamt rd. 600 T€.

Die vorgesehene Kreditaufnahme beläuft sich auf rd. 1,4 Mio. €.

X. Fazit



Als Fazit des diesjährigen Haushaltsplanentwurfes bleibt festzuhalten, dass die finanziellen Rahmenbedingungen wenig Spielräume lassen. Die täglichen negativen Nachrichten über, steigende Energiepreise und eine immer höhere Inflation werden wohl auch die nächsten Wochen und Monate unseren Alltag bestimmen.

Man kann sicherlich sagen, dass wir derzeit schwere Zeiten in Europa erleben. Viele von uns blicken mit großer Sorge Richtung Osten. Gerade in diesen Zeiten fällt es oft schwer, angesichts der vielen schlechten und schrecklichen Nachrichten auch das Gute zu erkennen. Das ehrenamtliche und soziale Engagement vieler Bürger unserer Stadt in den letzten Monaten stimmt mich jedoch zuversichtlich, dass wir diese Zeit gemeinsam überstehen. Gerade in der aktuellen Krise dürfen wir nicht aufhören, unsere Zukunft zu denken und zu planen. Deshalb bin ich der festen Überzeugung, dass der diesjährige Haushalt mit seinen geplanten Investitionen einschließlich der mittelfristigen Finanzplanung ein richtiges und wichtiges Signal für unsere Stadt setzt.

Unser Finanzierungsmittelbestand wird zum Ende das Haushaltsjahres 2024 voraussichtlich vollständig aufgebraucht sein. Auch aus diesem Grund appelliere ich heute noch einmal an Bund und Länder die Kommunen auszustatten, um die anstehenden Aufgaben zu bewältigen. Schließlich sind es die Kommunen, die die Beschlüsse, welche in Berlin und Stuttgart gefasst werden, umsetzen müssen.

XI. Dank

Sehr geehrte Stadträtinnen und Stadträte,

Mein abschließender Dank gilt allen Wirtschaftern und Budgetverantwortlichen, die bei der Erstellung des Haushaltsplanentwurfes mitgewirkt haben. In intensiven Gesprächen mit den Fachbereichsleitungen wurde das Haushaltsdefizit auf ein mögliches Minimum reduziert.

Abschließend möchte ich mich bei Ihnen sehr geehrte Stadträtinnen und Stadträte für die gute Zusammenarbeit und das entgegengebrachte Vertrauen im ablaufenden Haushaltsjahr bedanken. Insbesondere möchte ich in diesem Zusammenhang noch einmal an die sehr konstruktive Klausurtagung erinnern, die meines zu einem sehr guten Ergebnis geführt hat.

Wie üblich wird der Haushaltsplanentwurf zur weiteren Beratung in die Ortschaften und Ausschüsse verwiesen, und ich hoffe auch hier auf gute und konstruktive Beratungen, im Interesse der Bürgerinnen und Bürger unserer Stadt. Selbstverständlich stehe ich und die städtischen Mitarbeitenden Ihnen jederzeit für Fragen zur Verfügung.

Ich danke Ihnen für Ihre Geduld und Ihre Aufmerksamkeit.